



Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin e.V.

Eine Gesellschaft zur Förderung der Zusammenarbeit von Natur- und Geisteswissenschaften in der umweltmedizinischen Forschung und Anwendung

IGUMED-Geschäftsstelle: Bergseestr. 57, 79713 Bad Säckingen, Tel: 07761 · 91 34 90, Fax: 07761 · 91 34 91
www.igumed.de · igumed@gmx.de

Wie weiter mit der Weiterbildung Umweltmedizin?

Der Deutsche Ärztetag hat im Mai dieses Jahres die (Muster-) Weiterbildungsordnung für die Ärzteschaft novelliert. Im Vergleich zu den etablierten Fachgebieten wird die Umweltmedizin deutlich unterbewertet. **Es gibt keine Regelung für einen Weiterbildungsgang zum Umweltmediziner im Weiterbildungsrecht.** Als Grund wird genannt: Es gibt in Deutschland zwar einige private Institute, die Umweltanalysen anfertigen, und es gibt eine Reihe universitärer Institute, die Arbeitsmedizin oder Hygiene betreiben, aber **keine Einrichtung ist als Weiterbildungstätte für Umweltmedizin zugelassen oder anerkannt.**

Rückblick

Eine Reihe von Ärzten versteht prinzipiell seit Beginn des Berufslebens, manche seit Jahrzehnten Gesundheit und Krankheit als Phänomen der Wechselwirkungen zwischen menschlichem Organismus und Umweltbedingungen, die wiederum nicht zu denken sind ohne Berücksichtigung der Wirkungen und Rückwirkungen der sozialen Bedingungen. Es waren vorwiegend ambulant tätige Ärzte, die der Physikalisation der Biologie und dem Reduktionismus der Wissenschaften generell eine kritische - und meist auch zu optimistische - Gegenwehr entgegensetzten.

Manche wurden 1965 durch die Lektüre von Rachel Carson's „*Silent Spring*“, das 1976 als „*Stummer Frühling*“ in der BRD veröffentlicht wurde (1), wach gerüttelt. Eine nächste wichtige Station war 1972 der Bericht des „*Club of Rome*“ über den Zustand und die Zukunft der Erde (2). Mediziner und Ökologen wurden erneut oder erstmals aufgeschreckt. Die Aktualisierung dieses Berichtes mit dem deutschen Titel „*Die neuen Grenzen des Wachstums*“ 1992 verursachte bereits weniger Aufregung (3). Es begann die psychologisch und medizinwissenschaftlich untermauerte Politik der Beruhigung der Bürgermehrheit und der Versuch der Anpassung an die Risiken. Dazu gehörten im staatlichen Rahmen die Etablierung von (überwiegend kompetenzarmen) Umweltministerien und im Rahmen des Gesundheitswesens, dass der Dt. Ärztetag 1992 die Institutionalisierung der Umweltmedizin beschloss. Unmittelbar darauf bemühte sich die Mehrheit der Institutsleiter der Arbeitsmedizinischen und Hygiene-Lehrstühle erfolgreich um die „*Einverleibung*“ der Umweltmedizin in ihre angestammten Fachgebiete. Da sie „*alle eigentlich schon längst Umweltmediziner*“ seien wurden die jeweiligen Fachgesellschaften durch eigenen

Beschluss und Neudruck der Satzungen und der Briefköpfe um die Worte „...und Umweltmedizin“ erweitert.

Die Neu-Herausgabe der Zeitschrift „*Umweltmedizin in Forschung und Praxis*“ wurde beschlossen. Nach Angaben der Herausgeber (ISEM und GHU) ist diese von Anfang an „*unabhängig*“ und „*interdisziplinär*“. Aktuell wird die geringe „*Wissenschaftliche Leistungsevaluation*“ ihrer Autoren (sprich Anerkennung und „*Zitatgewichtigkeit*“, besonders im englischsprachigen Raum) beklagt (4).

Endlich, im Jahre 2000 definierte die Bundesärztekammer knapp und subjektivitäts offen: „*Die Umweltmedizin umfasst die medizinische Betreuung von Einzelpersonen mit gesundheitlichen Beschwerden oder auffälligen Untersuchungsbefunden, die von ihnen selbst oder ärztlicherseits mit Umweltfaktoren in Verbindung gebracht werden*“ (4).

Ausblick

Jetzt, Ende 2003, droht der Stillstand der Umweltmedizin in Deutschland. Auf der Ebene der „*offiziellen*“ Umweltmedizinverbände ist eine Blockade auszumachen. Selbst wenn die fachliche Kompetenz da wäre: Die universitären Institute der Arbeitsmedizin und Hygiene haben für die Weiterbildung in Umweltmedizin keine Stellen.

Wenn Bundesärztekammer und herrschende gesellschaftliche Akzeptanzverteiler in der BRD umdenken wollen, sollten sie sich einmal bei der Regierung des Staates Luxemburg erkundigen, was IGUMED und DBU (Dt. Berufsverband der Umweltmediziner) gemeinsam für die Weiterbildung zur Umweltmedizin in diesem EU-Staat geleistet haben.

Die dortige Weiterbildung zu Umweltmedizinern geschah sehr erfolgreich im Kurssystem.

Der Deutsche Ärztetag wird auf seinem Kongress im Jahre 2004 die Frage der Weiterbildung im Fach Umweltmedizin hoffentlich erneut auf die Tagesordnung setzen. Unseres Erachtens sollte vorher versucht werden, eine solche Weiterbildungsstätte für Umweltmedizin zu schaffen.

Warum sollte sich die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung - ohne auf bürokratische und Instituteitelkeiten Rücksicht nehmen zu müssen - nicht demnächst mit Ärzte-

kammer-Verantwortlichen und mit IGUMED, DBU, DGUHT (Dt. Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie), ÖÄB (Ökologischer Ärztebund) u.a. Nicht-Regierungs-Organisationen zusammensetzen?

Zu diskutieren wäre die Errichtung und Finanzierung eines für die Weiterbildung der Ärzte zu Umweltmedizinern zuständigen Institutes mit praktischen Aufgaben und Tendenzen der Eigenfinanzierung. Ein möglicher Name könnte sein „*Institut für Umweltmedizinische Forschungen-, Weiterbildung- und Gutachten*“ (IUFWG).

Nachweise

(1) CARSON, Rachel L. (Hrsg.) (1976): Der stumme Frühling. Beck C.H.

(2) MEADOWS, Dennis et al. (Hrsg.) (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart DVA.

(3) MEADOWS, Donatella et al. (Hrsg.) (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums. DVA Stuttgart 1992.

(4) EIKMANN T & Herr C. (2002): Wissenschaftliche Leistungsevaluation als aktuelles (gesellschaftliches) Problem. *Umweltmed Forsch Prax* 7 (3): 125-126.

(5) Bundesärztekammer (2000): Kursbuch Umweltmedizin. 2. Auflage Bundesärztekammer-Eigenverlag Köln.

Karl-Rainer Fabig

Der Autor ist Mitglied des Vorstandes der IGUMED (und des DBU) sowie Vorsitzender des „Ausschuss Umweltmedizin“ der Ärztekammer Hamburg

Freiburger Appell: erste Unterschriften übergeben

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Simone Probst gab anlässlich eines Fachgesprächs „Forschungsprojekte zur Wirkung elektromagnetischer Felder des Mobilfunks“ in Berlin den Startschuss für das „Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm“ (DMF), mit dem bestehende Wissenslücken und offene Fragen zu möglichen gesundheitlichen Risiken des Mobilfunks geschlossen werden sollen. Auf der Veranstaltung, zu der Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geladen waren, wurden die Schwerpunkte des Forschungsprogramms erörtert.

An diesem 2. Fachgespräch des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) nahmen am 25.9.2003 in Berlin Wissenschaftler, Mediziner, Techniker und Ingenieure vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), der Strahlenschutzkommission (SSK) und anderen Instituten und Behörden teil. Für die Jahre 2002 bis 2005 stehen insgesamt 8,5 Mio. € bereit. Die Mobilfunknetzbetreiber haben sich in einer Selbstverpflichtung bereiterklärt, sich mit dem gleichen Betrag am Forschungsprogramm des BMU zu beteiligen. Das BfS leitet das Programm. Eingeladen waren auch Vertreter von Baubiologie, Ärzten (z.B. der IGUMED) und des Hese-Proiectes, sodass sich ein offener und sachlicher Dialog entwickeln konnte. Nach den Ansprüchen des BfS sind Transparenz und Unabhängigkeit bei der Auswahl der Themen, der Projekte, der Forscher und der Ergebnisse ein wesentlicher Teil des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms. So steht der Öffentlichkeit seit geraumer Zeit das Internet-Portal (www.emf-forschungsprogramm.de) zur Verfügung.

Frau Barbara Dohmen, die Initiatorin des Freiburger Appells und Dr. Peter Germann (IGUMED) übergaben zu diesem Anlass die ärztliche Unterschriftenliste des Freiburger Appells mit 500 Unterschriften an Frau Staatssekretärin Simone Probst. Frau Dohmen betonte nochmals eindringlich die Sorgen der Bürgerinitiativen, Ärzte und Baubiologen, wobei sie bei der Staatssekretärin auf offene Ohren stieß. Frau Probst hob ihrerseits hervor, wie wichtig und bedeutend das Engagement der Ärzte in diesem Bereich sei und ermunterte zur weiteren Zusammenarbeit mit den Behörden.

Die einleitenden Worte vom Präsidenten des BfS, Wolfram König, umschrieben die Schwierigkeiten in der Beurteilung gesundheitlicher Wirkungen des Mobilfunks. Wichtig sei die Einbeziehung Betroffenen und Ärzte, die sich mit diesem Thema beschäftigen, die Kooperation mit anderen Ländern und der WHO, aber auch die Orientierung an strenge wissenschaftliche Vorgaben. Wissenschaft könne zwar nie gesundheitliche Folgen ausschließen, aber chronische Prozesse bei dauerhafter Anwendung von Handys müssen einkalkuliert werden. Die Vernetzung von Informationsquellen (Ärzte) und der Diskurs mit den betroffenen Gruppen, die Transparenz der Erkenntnisse für die Öffentlichkeit und die absolute Interessenunverbundenheit mit der Industrie erhielten eine hohen Stellenwert in seiner Argumentation.

Die Fachgespräche gliederten sich in vier Themenbereiche: Biologie, Dosimetrie, Epidemiologie und Risikokommunikation, wobei hauptsächlich über geplante Projekte diskutiert wurde. Aus Sicht der NGO's blieben folgende Erkenntnisse, wie die IGUMED mitteilte:

- Das BfS strebt nach einer breitere Einbindung der Öffentlichkeit um die Entscheidungsfindung zu erleichtern.
- Transparenz und Zusammenarbeit mit umweltmedizinisch aktiven Gruppen sollte durchgesetzt werden.
- Die technische Entwicklung des Mobilfunks läuft der Messtechnik und der Beurteilung gesundheitlicher Auswirkungen um Jahre voraus, so dass die wissenschaftliche Gemeinde entsprechend harte Daten nicht erheben kann.
- Die Zusammenarbeit mit der WHO und anderen europäischen wissenschaftlichen Studien wird intensiviert und gefördert.
- Vorsorgemaßnahmen und Vermeidungsstrategien werden im Bereich der Risikokommunikation mit entsprechenden Akteuren verbreitet.

Wie Dr. Germann mitteilte, wolle sich die IGUMED in Zukunft in Kooperation mit der Risikokommission dem Aufbau eines Studienprojektes widmen. Dabei sollen u.a. Fälle von Patienten aufgearbeitet und die Möglichkeiten der Blutanalysen von belasteten Gruppen erarbeitet werden. Konkret werden aus diesem Grunde noch in diesem Jahr Gespräche mit dem BfS, der SSK und dem Umweltministerium geführt werden.

(Quelle: Pressemitteilung der IGUMED, 25.9.2003, BMU Pressedienst Nr. 168/03, 25.9.2003)